

17. September 2014
ur

GEW: „600 Millionen Euro zusätzlich für die Weiterbildung“

Bildungsgewerkschaft zum „Deutschen Weiterbildungstag 2014“

Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schlägt Alarm: Die Weiterbildung geht am Stock. „600 Millionen Euro müssen zusätzlich für die von den Bundesländern öffentlich verantwortete Weiterbildung ausgegeben werden, um den dringenden Bedarf zu decken. Kein Land investiert auch nur ein Prozent seiner Bildungsausgaben in die Erwachsenenbildung. Der Schnitt liegt bei 0,34 Prozent“, stellte Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Weiterbildung verantwortlich, heute in Frankfurt a.M. mit Blick auf den „Deutschen Weiterbildungstag“ 2014 am Freitag fest. Er bezog sich auf Daten eines Gutachtens, das die GEW bei dem renommierten Bildungsforscher Roman Jaich in Auftrag gegeben hatte. „Die krasse Unterfinanzierung ist ein deutliches Signal, dass Politik die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung zu wenig Wert schätzt. Dies steht im Gegensatz zu der in Sonntagsreden gerne beschworenen Bedeutung der Weiterbildung als ‚vierter Säule des Bildungswesens‘ in Deutschland und des ‚lebensbegleitenden Lernen‘.“

In einer sich rasant entwickelnden Gesellschaft müsse das „lebensbegleitende Lernen“ zu einer Selbstverständlichkeit werden, sagte Klinger. Es eröffne den Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben, an der Gesellschaft teilzuhaben und Mitbestimmungsrechte einzulösen. Zudem trage das „lebensbegleitende Lernen“ dazu bei, persönliche und berufliche Kompetenzen weiter zu entwickeln.

„Wir brauchen mehr pädagogisches Personal, um das Bildungsangebot auszuweiten und zu verbessern, gleichzeitig wollen wir die Arbeitsbedingungen der Lehrenden stabilisieren“, betonte der Weiterbildungsexperte. Deshalb sollten mit den zusätzlichen Geldern Teilnehmergebühren gesenkt bzw. abgeschafft, die Grundbildung ausgebaut und prekäre Beschäftigung gestoppt werden. Klinger machte deutlich, dass die steigende „Teilnehmermaut“ ein wichtiger Grund für die sinkende Bildungsbeteiligung sei. „Die Höhe der Gebühren schreckt viele Menschen von Weiterbildung ab. In der Vergangenheit galt folgender Daumenwert: Ein Drittel der Kosten tragen die Länder, ein Drittel übernehmen die Träger, ein Drittel die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In diese Richtung müssen wir wieder kommen“, unterstrich der GEW-Sprecher.

Info:

In ihrem Bildungsfinanzkonzept (<http://www.gew.de/Binaries/Binary80037/SteuerkonzeptGEW-web.pdf>) schlägt die GEW deutlich höhere Ausgaben für alle Bildungsbereiche vor - von der Kita über die Schule, Berufs- und Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Dies ist dringend notwendig, soll das Bildungswesen den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Anknüpfend an die

Empfehlungen der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ aus dem Jahr 2004 (http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf) fordert die GEW die Länder auf, ihre Haushaltsansätze für das allgemeine, politische und kulturelle Lernen nennenswert zu steigern. Entsprechend der Forderung des „Bochumer Memorandum“ 2005 (http://www.gew-koeln.de/02/web03/gew/fg/inklusion/bochumer_memorandum_2011.pdf) sollen die Anstrengungen für Weiterbildung auf ein Prozent des Bildungsbudgets der Länder in mittlerer Frist wachsen, über alle Länder hinweg bedeutet dies eine Erhöhung um gut 600 Millionen Euro. Das Gutachten „Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer“ von dem Bildungsforscher Roman Jaich sowie ein Interview mit Roman Jaich, das in der Oktober-Ausgabe der GEW-Bundeszeitung „Erziehung und Wissenschaft“ veröffentlicht wird, finden Sie hier: http://www.gew.de/GEW_600_Millionen_Euro_zusaetzlich_fuer_die_Weiterbildung.html.

Eine Übersicht, welches Bundesland wie viel Geld für den Weiterbildungsbereich ausgibt: s. unten

Kommentierter Gutachtenauszug

Die von der Max-Träger-Stiftung finanzierte Studie „Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer“ kommt zu dem Ergebnis, dass die Länder – sie sind für die Erwachsenenbildung zuständig – weit weniger als noch nicht einmal ein (!) Prozent ihres Bildungsbudgets für die Erwachsenenbildung aufwenden, im Durchschnitt sind es sogar nur 0,34 Prozent! Dies steht im vollkommenen Gegensatz zu der von der Politik seit Jahren bemühten Losung, dass das lebensbegleitende Lernen – auch angesichts der alternden Gesellschaft – stets bedeutsamer werde.

Tabelle 36 der Studie, die am 17. September (zwei Tage vor dem „Weiterbildungstag“) veröffentlicht werden soll:

Tabelle 36: Übersicht				
Land	Erwachsenen- bildungsbudget in Euro	Bildungsbudget in Euro	Anteil Landesmittel Erwachsenenbil- dung am Bildungsbudget in Prozent	Landesmittel für Erwachsenenbil- dung pro Erwachsenen in Euro
Baden-Württemberg	22.277.500	12.116.860.100	0,18	2,50
Bayern	32.409.200	15.043.782.200	0,22	3,10
Berlin	16.297.446	4.971.124.500	0,33	5,45
Brandenburg	4.223.200	1.543.249.900	0,27	1,96
Bremen	4.289.560	544.546.950	0,79	7,64
Hamburg	14.980.000	3.276.067.000	0,46	9,83
Hessen	12.348.100	7.746.197.900	0,16	2,43
Mecklenburg- Vorpommern	5.646.100	1.210.572.500	0,47	3,99
Niedersachsen	51.377.000	8.770.543.000	0,59	7,84
Nordrhein-Westfalen	114.234.800	20.883.107.500	0,55	7,70
Rheinland-Pfalz	11.596.800	5.800.842.200	0,20	3,36
Saarland	3.802.400	1.035.943.400	0,37	4,40
Sachsen	8.253.000	3.721.245.700	0,22	2,31
Sachsen-Anhalt	4.801.640	1.806.574.840	0,27	2,38
Schleswig-Holstein	4.096.800	2.726.078.800	0,15	1,73
Thüringen	8.829.700	1.994.646.400	0,44	4,58
	319.463.246	93.191.382.890	0,34	

Bereits vor 10 Jahren hat die „Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens“ für das allgemeine, politische und kulturelle Lernen empfohlen: „Die Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung als kommunale Pflichtaufgabe soll mittels einer institutionellen Sockelfinanzierung durch die Länder und Gemeinden mit einem zu vereinbarenden Prozentsatz des jährlichen Haushalts als Untergrenze erfolgen.“ (Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (2004): Der Weg in die Zukunft, Bielefeld, S. 199)

Diese Empfehlung hat das Bochumer Memorandum mit der Forderung konkretisiert, den finanziellen Umfang der Weiterbildungsförderung des Landes mittelfristig auf ein Prozent des Bildungsetats zu steigern. Wendet man dies auf die gegenwärtige Situation in den Ländern an, so ergibt sich der mittelfristige Erhebungsbedarf für die Förderung der Erwachsenenbildung wie folgt:

Mittelfristiger Erhebungsbedarf des Erwachsenenbildungsbudgets bei 1 Prozent des Bildungsetats			
Land	Erwachsenenbildungsbudget in Mio. Euro im Jahr 2014	Anteil Erwachsenenbildung am Bildungsbudget in Prozent im Jahr 2014	Erhöhung des Erwachsenenbildungsbudgets in Mio. Euro (angenähert)
Baden-Württemberg	22,3	0,18	98,9
Bayern	32,4	0,22	118,0
Berlin	16,3	0,33	33,4
Brandenburg	4,2	0,27	11,2
Bremen	4,3	0,79	1,2
Hamburg	15,0	0,46	17,8
Hessen	12,3	0,16	65,1
Mecklenburg-Vorpommern	5,6	0,47	6,5
Niedersachsen	51,4	0,59	36,3
Nordrhein-Westfalen	114,2	0,55	94,6
Rheinland-Pfalz	11,6	0,2	46,4
Saarland	3,8	0,37	6,6
Sachsen	8,3	0,22	29,0
Sachsen-Anhalt	4,8	0,27	13,3
Schleswig-Holstein	4,1	0,15	23,2
Thüringen	8,8	0,44	11,1
Summe	319,5	0,34	612,5
Beispieland	20,0	0,34	38,3

Diese Pressemitteilung kann im Internet abgerufen werden unter:

http://www.gew.de/Presse_6.html

E-Mail pamela.pankotsch@gew.de

GEW-Hauptvorstand • Pressestelle • verantwortlich: Ulf Rödde